

## Informationsblatt



### Neuwahlen in die Verbandsghremien

In der 33. Mitgliederversammlung des Verbandes am 13. Juni 1978 wurden die aufgrund der Kommunalwahlen notwendigen Wahlen zu den Verbandsghremien durchgeführt. Dabei wurde in den Verbandsausschuß aus der Gruppe der Landräte der bisherige Vorsitzende, Landrat Schrittenloher (Lkr. Freising), aus der Gruppe der Bürgermeister der 1. Bürgermeister Landgraf, Maisach wiedergewählt. Neu in den Ausschuß wurde der 1. Bürgermeister Thallmaier, Starnberg gewählt. Neben den Genannten gehören dem Verbandsausschuß an: der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, Erich Kiesel, der Landrat des Landkreises München, Dr. Gillessen, Landrat Christmann, Dachau, sowie als Vertreter des Bezirks Oberbayern Bezirkstagspräsident Klimm. In den Rechnungsprüfungsausschuß wurden die 1. Bürgermeister Danzer, Karlsfeld sowie Träutlein, Haar, wiedergewählt. Bei der der Verbandsversammlung folgenden Sitzung des Verbandsausschusses wurde Landrat Schrittenloher wieder zum Vorsitzenden des Planungsverbandes gewählt, Oberbürgermeister Kiesel zum 1. und Bürgermeister Landgraf zum 2. Stellvertreter.

Die Wahlen zur Planungskommission finden in der nächsten Mitgliederversammlung am 28. November 1978 statt.

Für diese Verbandsversammlung ist auf Anregung des Vorsitzenden, Landrat Schrittenloher, neben den üblichen Tagesordnungspunkten ein allgemeinerer Teil vorgesehen, in dem das in den meisten Gemeinden höchst aktuelle Thema "Ortsbildgestaltung" behandelt werden soll. Neben Informationen durch Fachleute aus dem Verband sollen dabei vor allem auch Erfahrungsberichte von Verbandsräten gegeben werden, für eine Erörterung ist eine Diskussion vorgesehen. Es besteht die Möglichkeit, daß an diesem Teil der Versammlung neben den Verbandsräten auch interessierte Gemeinderäte oder Angehörige der Verwaltung teilnehmen. Vom Erfolg der Veranstaltung wird es abhängen, ob zukünftig den Mitgliederversammlungen des Verbandes mehr fachliche Bedeutung zugemessen werden kann.

## Verkehrsuntersuchung Hachinger Tal/Ottobrunn

Anfang 1977 haben unsere Mitgliedsgemeinden Neubiberg, Ottobrunn, Hohenbrunn, Taufkirchen, Unterhaching der Geschäftsstelle eine eigene Verkehrsuntersuchung in Auftrag gegeben.

Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München hat damit wiederum die Aufgabe übernommen, zusammen mit den Fachplanungsträgern einen Abgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen der betroffenen Gemeinden zu erleichtern.

Als Ergebnis der Untersuchung werden konkrete Vorschläge erwartet, wie sich die Gemeinden besser vor dem zum Teil katastrophalen Durchgangsverkehr schützen können, ohne daß durch neue Straßen die Probleme nur von einer Gemeinde auf eine andere abgewälzt werden. Keine leichte Aufgabe, wenn man bedenkt, daß als Folge der intensiven Besiedlung der Anteil des rein innerörtlichen Verkehrs oft so beträchtlich geworden ist, daß die Herausnahme des Durchgangsverkehrs allein noch nicht die erhoffte Ruhe in die Gemeinden zurückbringt.

Die Untersuchung umfaßt das folgende Gebiet:



Der erste Arbeitsschritt, die Verkehrszählung im Mai und Juli 1977 und deren Auswertung ist abgeschlossen und den Gemeinden vorgestellt. Nachdem es die wichtigste Aufgabe der Zählung war, die Verkehrsströme festzustellen, also herauszufinden, welche Strecke ein Fahrzeug im Untersuchungsgebiet fährt, ist eine Kfz-Kennzeichen-Registrierung vorgenommen worden. Dabei wurden 37 Zählstellen mit insgesamt 130 Zählern benötigt, - übrigens eine der bisher umfangreichsten Zählungen dieser Art im Bundesgebiet.

Mit Hilfe der Daten der "Verkehrsuntersuchung Großraum München", die unter Federführung der Obersten Baubehörde 1977 abgeschlossen wurde, sowie Daten der Landeshauptstadt München und evtl. zusätzlichen Verkehrsprognosen ist jetzt mit dem zweiten Arbeitsschritt begonnen worden. Dieser hat zum Ziel, Straßennetzergänzungen aufzuzeigen, die auch realisierbar sind. Damit solche Untersuchungen Erfolg haben, braucht es ein enges Zusammenwirken aller Beteiligten. Ohne Kompromisse wird es dabei nicht abgehen.

## Bäume weg von den Straßen ?

Man war lange Zeit der Auffassung, daß Bäume entlang von Straßen erhebliche Nachteile mit sich bringen. Dabei wurde vor allem die Sicherheit für Autofahrer genannt. Aber auch die Landwirtschaft hat z. B. auf die erschwerte Bewirtschaftung der angrenzenden Fluren hingewiesen. So fielen ganze Alleen der Säge zum Opfer, zum großen Teil in Verbindung mit Straßenbaumaßnahmen.

Gerade der Verlust vieler Alleen und markanter Einzelbäume im Ortsbild und in freier Landschaft zeigt, daß ein Wesensmerkmal unserer Kulturlandschaft bedroht ist. Viele Bürger beklagen, daß die ehemals vertraute heimatliche Umgebung kahl und öde geworden ist.

Inzwischen ist auch in diesem Bereich ein Umdenken im Gange. Straßenplaner verweisen zurecht immer stärker darauf, daß durch geschickte Baumbepflanzung eine bessere Sicherheit erreicht werden kann, weil Bäume eine "optische Führung" bedeuten, - z. B. bei Nebel in offener Landschaft den Verlauf der Straße markieren helfen. Neubau-Strecken werden von den Straßenbauämtern oft vorbildlich bepflanzt.

Die Landwirtschaft, die sich durch verschärften Wettbewerb darum bemühen muß, den Betrieben unnötige Erschwernisse zu ersparen, ist ebenfalls wieder "Baum-freundlicher" geworden. Dies ist nicht zuletzt auch ein Verdienst der deutlich verbesserten Flurbereinigungsplanungen, die sich erfreulicherweise verstärkt um den Schutz und die Neuanpflanzung von Bäumen bemühen.

Nach dem Bayerischen Naturschutzgesetz wurden inzwischen in unserer Region für zahlreiche Gemeinden "Landschaftspläne" erarbeitet. Regelmäßig werden in solchen Plänen von den Fachleuten Einzelbäume oder ganze Alleen entlang der Straßen vorgeschlagen. Bei neuanzulegenden dichten Alleen wird man oft nicht umhin können, dazu einen angemessenen Pflanzstreifen für die öffentliche Hand zu erwerben. Bei Bepflanzung in größeren Abständen, die in den meisten Fällen vollkommen ausreicht, ist ein Grunderwerb oft entbehrlich. Durch das allgemein wachsende Umweltbewußtsein hat sich bei der Landwirtschaft wieder die Bereitschaft verstärkt, eigene Bäume nicht nur zu dulden, sondern selbst zu pflanzen, sofern keine unzumutbaren Erschwernisse auch beim Einsatz größerer Maschinen entstehen.

## Farbe im Ortsbild, - aber keine grelle Buntheit !

Lange Zeit haben eher triste Farben das Bild unserer Städte und Gemeinden geprägt. Das hat sich inzwischen gründlich geändert. Selbst in kleinen Gemeinden wurden im Zuge der umfangreichen Renovierungen viele Bauten farbiger. Leider ist zu beobachten, daß dabei manchmal zu viel des Guten geschieht. (Im PV-Informationsblatt Nr. 8 vom Mai d. J. hatten wir bereits darüber berichtet.)

Inzwischen hat die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Landesgruppe Bayern zusammen mit dem Deutschen Werkbund Bayern e.V. eine anschauliche Broschüre zu dem Thema ausgearbeitet. Das Heft wird in diesen Tagen vom Bayerischen Staatsministerium des Innern an die Baubehörden und größeren Gemeinden verteilt. Wir sind der Auffassung, daß die Problematik in gleicher Weise auch in kleineren Gemeinden gegeben ist. Auch hier häufen sich die Fälle, daß sehr intensive Farben oder die gefürchteten "Bonbon-Farbtöne" gewählt wurden.

## PV-Luftbild-Aktion 1978

Zur Herstellung von neuen Luftbildern hat unser Verband eine Befliegung der Region München sowie der südlich angrenzenden Mitgliedsgemeinden in Auftrag gegeben. Die beauftragte Firma (Fa. Photogrammetrie, München) hat mit den Aufnahmen begonnen und wird sie, sofern es das Wetter zuläßt, dieses Jahr abschließen.

Regelmäßige Aktionen dieser Art sind im Münchner Raum inzwischen Übung geworden. Nach der Befliegung 1973 wird diese nun zum dritten Mal durchgeführt. Viele unserer Mitgliedsgemeinden arbeiten bereits mit Luftbildern, die für manche Planungsaufgaben unentbehrlich (z. B. Flächennutzungspläne), aber auch für andere Zwecke geeignet sind. Neben der unbestechlichen Dokumentation des Ist-Zustandes, der auch gerade durch die regelmäßige Neuherstellung die stetige Veränderung unserer Umwelt aufzeigt, haben Luftbilder den besonderen Vorteil, auch dem "Normalbürger", der im Lesen von Karten ungeübt ist, ein klares Bild zu vermitteln. Luftbilder sind also nicht nur eine wertvolle Planungshilfe, ein schöner Wandschmuck, sondern auch - gerade wenn man alte und neue Aufnahmen vergleichen kann, - eine hervorragende Informationsquelle.

Von den Aufnahmen können Kontaktkopien M 1 : 15 000 oder Vergrößerungen hergestellt werden. Über die Bezugsbedingungen werden wir in Kürze gesondert unterrichten.

## Sport und Freizeit kontra Umweltschutz ?

In jüngster Zeit werden verstärkt auch von kleineren Gemeinden Anstrengungen zum Ausbau ihrer Sportplätze unternommen. Wie andere bauliche oder sonstige Nutzungen sind auch diese durch die gemeindliche Bauleitplanung vorzubereiten und verbindlich festzusetzen. Dabei sollte schon frühzeitig Klarheit geschaffen werden über den Umfang der geplanten Einrichtungen, weil von der benötigten Fläche weitgehend auch die Standortwahl abhängt.

Häufig wird dabei der Fehler begangen, daß auf einem zur Verfügung stehenden Standort so umfangreiche Einrichtungen untergebracht werden, daß z. B. für die notwendige Eingrünung und Einfügung in die Landschaft kein Platz mehr bleibt. Dies gilt insbesondere für Anlagen abseits der Bebauung. Aber selbst wenn die Anlage fachgemäß von einem Landschaftsarchitekten gestaltet ist, also z. B. mit

- o landschaftsgemäßer Bepflanzung
- o landschaftsgemäßer Architektur
- o behutsamer Einfügung in das Geländeprofil
- o Anschluß an das örtliche Fußwege-Netz
- o einfacher, naturnaher Befestigung der Parkplätze und Fahrstreifen (kein Beton oder Asphalt, sondern sog. wassergebundene Oberflächen "Kies-Sand-gewalzt")

bleibt ein Standort weitab von der Ortsmitte aus anderen Gründen problematisch. Zweifellos darf das Ruhebedürfnis der Bürger benachbarter Wohnquartiere nicht außer acht gelassen werden. Was für ortsfeme Lagen spricht. Andererseits hat sich als Folge neuer "Freizeitzentren" in vielen Gemeinden bereits das gesellige Leben von der Ortsmitte an den Ortsrand verlagert. Das bekommen nicht nur die Gastwirtschaften zu spüren. Es entsteht auch mehr Kfz-Verkehr. Ältere Bürger werden dadurch oft ausgeschlossen. Schuld daran, daß moderne Anlagen nicht im Ort selbst unterzubringen sind, trifft häufig die Zuschuß-Behörden und manchmal die örtlichen Vereine, die überzogene Ausstattungswünsche anmelden. Hier wäre mehr Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse wünschenswert.

München, den 1. 10. 1978